

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 29.03.2011**

öffentlich

Ort: Ratshof, Raum 105/107
Marktplatz 1
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	Vertreter für Frau Ute Haupt
Herr Robert Bonan	parteilos	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Torsten Bognitz	Caritasverband	Vertreter für Herrn Sven Weise
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	Vertreter für Frau Sabine Wolff
Herr Tobias Kogge	BG	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Herr Uwe Wätzel	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Herr Manfred Czock	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Christian Weinert	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	
Frau Sylke Bühler	Verw	
Herr Torsten Bognitz	Liga	

Entschuldigt fehlen:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	vertreten durch Herrn René Trömel
Herr Dr. Mohamed Yousif	parteilos	
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	vertreten durch Herrn Dietrich Strech
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Frau Ute Borchert	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH	
Herr Sven Weise	LIGA	vertreten durch Herrn Torsten Bognitz
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Beschlussvorlagen
 - 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009
Vorlage: V/2010/09413
 - 3.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413
Vorlage: V/2011/09642
 - 3.1.2 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413
Vorlage: V/2011/09643
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
8. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende (Frau Hanna Haupt) begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses.

Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende verliest die Punkte der Tagesordnung

zu 3 **Beschlussvorlagen**

Die Ausschussvorsitzende informiert, dass es **zwei Änderungsanträge** zu Pkt. 3 (Beschlussvorlagen) gibt.

zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 Vorlage: V/2010/09413

Unterabschnitt 0260 – Büro für Gleichstellungsfragen

Haushalts-Position 717000 - Zuschüsse an private Unternehmen (Frauen-Nacht-Taxi)

Frauen-Nacht-Taxi streichen

Herr Hildebrand fragt, ob die Verwaltung es nach wie vor für nötig hält, an dem Zuschuss festzuhalten? Worin denn die Notwendigkeit liegen würde?

Herr Müller schlägt eine Erweiterung des Frauen-Nacht-Taxis vor, so dass es im Zuge der Gleichberechtigung auch von Männern genutzt werden könne.

Herr Schachtschneider fragt nach, wer denn das Taxi eigentlich nutzt? Frau Wildner verweist auf den Bericht, den sie demnächst vorstellt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

3	Ja
5	Nein
0	Enthaltung

Frau Wildner berichtet in diesem Zusammenhang, dass es im vergangenen Jahr keine Mittelfreigabe für das Frauen-Nacht-Taxi gab.

Kürzung der Sachmittel (Reduzierung auf 500€)

Herr Müller fragt nach der Verwendung der Sachmittel. Diese beinhalten u.a. Druckkosten für die Gutscheine. Die Gutscheine vom letzten Jahr liegen noch vor, da sie nicht ausgegeben wurden und entsprechend müssten dafür dieses Jahr keine Mittel aufgewendet werden. Frau Wildner stimmt dem zu.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

4	Ja
2	Nein
2	Enthaltung

Herr Kogge weist auf seinen Zwiespalt hin: zum einen die fachliche Bewertung der Sachlage, zum anderen die finanzielle. Man müsse die Haushaltskonsolidierung berücksichtigen – das „Stopp“ des Landesverwaltungsamtes – ohne Haushaltsplan gäbe es kein Geld.

Frau Krausbeck wirft ein, dass es bereits letztes Jahr eine Kürzung im Gleichstellungsbereich gab und sie findet diese Kürzungen unverhältnismäßig. Herr Kogge entgegnet, dass dann eben an anderer Stelle im Sozialbereich gespart werden müsse. Herr Müller stellt die Fragen in den Raum „Wo soll man sparen? Wie kommen wir auf einen genehmigungsfähigen Haushalt?“ Man müsse, so Herr Müller weiter, den Gesamthaushalt ins Auge fassen.

Herr Schachtscheider bemängelt, dass Kürzungen meist zu Lasten von Kindern und Selbsthilfegruppen ausfallen. Herr Kogge gibt zu, dass die Gelder für Selbsthilfegruppen im vergangenen Jahr nicht ausgezahlt wurden, weist jedoch darauf hin, dass „Pflicht vor Kür“ geht.

Die Ausschussvorsitzende leitet zum zweiten Punkt des **Änderungsantrags von Frau Wolff** (NEUES FORUM) (Streichung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Reduzierung von Zuschüssen um 10%) über.

Haushaltsposition 718000 (Zuschüsse an übrige Bereiche) → Abstimmung Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6	Ja
3	Nein
0	Enthaltung

Unterabschnitt 0260 – Büro für Gleichstellungsfragen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

5	Ja
3	Nein
1	Enthaltung

Herr Kogge berichtet zum Thema **Bildung und Teilhabe**. Ab 1.4.2011 tritt das Gesetz in Kraft.

Die Aufgabenteilung gestaltet sich in Halle wie folgt:

- **Jobcenter** übernimmt Fälle aus dem **SGB II**.
- Das **Sozialamt** übernimmt die Fälle aus dem **SGB XII, Wohngeld, KIZ** (Leistungen umfassen u.a. Klassenfahrten für Kinder an Schulen und Kitas, Essengeld 26€ [rückwirkend] – hier gibt es momentan Absprachen mit Caterern, weitere Absprachen mit den Vereinen → es wird keine Pauschal- sondern Einzelverträge geben). Die Entscheidung, welche Kinder Nachhilfe beantragen dürfen, treffen die jeweiligen Lehrer.

Was bedeutet das für den Haushalt? Die Ausgaben müssen in den Haushaltsplan mit aufgenommen werden.

Unterabschnitt 4000 – Soziale Sicherung

Frau Winter informiert darüber, dass die Ausgleichsleistung für Verwaltungskosten im Bereich Bildung und Teilhabe für den Personenkreis Wohngeld- und KIZ-Empfänger 0,2% auf der Berechnungsgrundlage der KdU beträgt.

→ Einschub: Unterabschnitt 4820 – KdU, SGB II

Frau Winter erläutert, dass die Warmwasserpauschale, die bisher im Regelsatz enthalten war, dort herausgerechnet wird und nun neu in die Kosten der Unterkunft (KdU) mit einfließt. Die Kommune bekommt dafür 1,9% als Ausgleichsleistung.

Das heißt konkret: 5€ pro Person → 2,3 Mio € mehr (während die Ausgleichszahlungen vom Bund 1,4 Mio € betragen) → Defizit für die Kommune

Herr Schachtschneider erkundigt sich, ob die 150.000€ (Ausgleichsleistungen für Verwaltungsaufwand Bildung und Teilhabe 0,2%) als Aufwuchs in den kommunalen

Haushalt kommen und ob diese in 4 zusätzliche Personalstellen fließen könnten. Herr Kogge antwortet darauf, dass man bislang schwer einschätzen könne, wie groß der Andrang bzw. die Zahl der Anträge sein wird und dass auch nicht alle gleichzeitig ihre Anträge abgeben. Insofern müsse man vorsichtig sein mit Personalaufwüchsen und nach und nach auf Bedarf reagieren.

Herr Schachtschneider fragt daraufhin gezielt nach, ob es zusätzliche Einstellungen geben würde, worauf Herr Kogge entgegnet, dass es in der Verwaltung einen Überhang an Personal gebe und entsprechend keine Neueinstellungen erfolgen werden.

Herr Schachtschneider stellt fest, dass demnach die 150.000€ als zusätzliche Mittel in den kommunalen Haushalt einfließen.

Frau Winter berichtet über eine haushaltsneutrale Umverteilung (innerhalb des Unterabschnitts 4000) von 4300€ für Mieten, Pachten, Geschäftsreisen. Darüber hinaus werden (ebenfalls haushaltsneutral) 500€ für sonstige Geschäftsausgaben umverteilt.

Abstimmungsergebnis Unterabschnitt 4000: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Unterabschnitt 4010 - Sozialplanung

Keine Fragen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Unterabschnitt 4050 – Verwaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende

Frau Winter berichtet in diesem Zusammenhang von folgenden Veränderungen:

Der Kommunale Finanzanteil steigt von 12,6% auf 15,2%. Das entspricht 723.700€. Diese werden zur Deckung von Verwaltungskosten verwendet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Unterabschnitt 4101

Frau Winter gibt zu bedenken, dass die Daten, die für diese Berechnungen die Basis bilden, so nicht belegbar und entsprechend nur als Schätzungen zu betrachten sind. Ausschließlich die Zahl der Kinder (SGB II) steht fest.

Herr Schachtschneider erkundigt sich, ob diese Schätzungen verlässlich seien. Frau Winter verneint. Die angegebenen 50€ erscheinen Herrn Schachtschneider zu hoch, woraufhin Frau Winter erläutert, dass diese auch Kita-Fahrten beinhalten.

Herr Kogge sagt, dass Haushaltssummen umschichtbar sind. Man würde sich vordergründig am Erfahrungsschatz von Jobcenter orientieren. Herr Schachtschneider erkundigt sich, ob Mittel, die nicht gebraucht würden, in den Schulbedarf einfließen könnten. Herr Kogge antwortet, diese Variante ist nicht möglich.

Herr Trömel stellt fest, dass bei den Punkten soziale/ kulturelle Teilhabe und Schulbedarf unterschiedliche Kinderzahlen angegeben seien. Frau Winter erklärt, dass soziale/ kulturelle Teilhabe sich nicht nur an Schul-, sondern auch an Kita-Kinder richtet.

Herr Schachtschneider fragt nach dem Posten Lernförderung. Frau Winter erläutert, dass es sich auch hier um eine Schätzung handelt. Herr Kogge gibt darüber hinaus zu bedenken, dass vollkommen unklar sei, wie das Land die Lernförderung untersetzt. Die Lehrer beurteilen den Bedarf. Man müsse die Entwicklung abwarten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6	Ja
0	Nein
3	Enthaltung

Unterabschnitt 4103 – einmalige Leistungen an Empfänger laufender Leistungen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Unterabschnitt 4130 – Hilfen zur Gesundheit

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9	Ja
0	Nein
0	Enthaltung

Unterabschnitt 4141 – Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Unterabschnitt 4146 – Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9	Ja
0	Nein
0	Enthaltung

Unterabschnitt 4148 - Bestattungskosten

Herr Kogge erläutert, dass der hohe Preis der Bestattungen an unserer Gebührenordnung liegt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Unterabschnitt 4200 – Leistungen in besonderen Fällen §2 Asylbewerberleistungsgesetz

Frau Simon nimmt eine Ergänzung vor: es wäre eine Korrektur der Aussagen vom Donnerstag (Protokoll der AG) erforderlich.

- Der gesamte Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes ist wieder offen. Bitte beachten Sie unten den fett gedruckten Satz!
- Damit bleibt auch offen, ob die Kinder der Asylbewerber einen Anspruch [auf Bildung und Teilhabe-Leistungen] haben. Darüber wird neu verhandelt.

Herr Schachtschneider erkundigt sich, was denn mit dem Mittagessen-Geld passiert, welches übrig bleibt, wenn die Kinder der Asylbewerber aus der Förderung rausfallen. Die Kinder würden dann, so Frau Simon, über den Halle-Pass Mittagessen bekommen und das eingestellte Geld bliebe übrig. Herr Kogge verweist auf das Austauschblatt, das am 31.3.2011 über das Ergebnis informieren würde.

Frau Krausbeck fragt nach, ob man die betreffenden Kinder dann nicht schon vorbehaltlich im Halle- Pass mit aufnehmen und ob man nicht vorbehaltlich Geld einstellen sollte. Sonst wären die Kinder zwischenzeitlich ohne jeglichen Anspruch. Herr Kogge entgegnet, dass das Sozialamt eine Lösung finden würde, wenn dem so sein sollte.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6	Ja
0	Nein
3	Enthaltung

Unterabschnitt 4210 – Grundleistungen §3 Asylbewerberleistungsgesetz

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Unterabschnitt 4220 – Leistung bei Krankheit

Herr Kogge verweist in diesem Zusammenhang auf das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben und damit auf die Belastung der Kommune.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Unterabschnitt 4230 – Arbeitsgelegenheiten §5 Abs. 3 Asylbewerberleistungsgesetz

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9	Ja
0	Nein
0	Enthaltung

Unterabschnitt 4240 – Sonstige Leistungen §6 Asylbewerberleistungsgesetz

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Unterabschnitt 4350 – Haus der Wohnhilfe

Frau Winter weist auf das Austauschblatt hin. 700€ würden haushaltsneutral umgeschichtet werden und 20.000€ gehen in die Haushaltskonsolidierung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9	Ja
0	Nein
0	Enthaltung

Unterabschnitt 4362 – Aussiedler- und Asylbewerberheime

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Unterabschnitt 4650 - Suchtberatungsstellen

Die Ausschussvorsitzende lässt verlauten, dass es einen **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle** gibt. Sie übergibt das Wort an die Projektmanagerin für Sucht und andere Gesundheitsgefährdungen Frau Bühler.

Frau Bühler berichtet: Es gibt 3 Suchtberatungsstellen in unterschiedlicher Trägerschaft in Halle, die sehr gute und hochwertige Arbeit leisten. Die Beratungsstellen wurden über die Haushaltssituation informiert und in die Überlegungen zu Einsparpotenzialen in der Suchtberatung einbezogen, wobei sie in diesem Zusammenhang konkret um Vorschläge gebeten wurden. Allerdings kamen seitens der Beratungsstellen keinerlei Vorschläge. Die Verwaltung hat die Sachlage geprüft und sieht durchaus Möglichkeiten, Einsparungen vorzunehmen. Die konkreten Vorschläge werden diesem Protokoll als Anhang beigefügt.

- Die Zahl der Klienten in der Suchtberatung ist rückläufig.
- Zum Teil könnte der Sozialpsychiatrische Dienst Leistungen übernehmen, die von den Beratungsstellen nicht mehr erbracht werden können.
- Vereinheitlichung der Finanzierung der Suchtberatungsstellen (z.B. einheitliche Miete), kritische Betrachtung von Haushaltsmitteln (z.B. Mittel für Raumausstattung)

Herr Kogge erkundigt sich, ob Kinder nach HzE (Hilfen zur Erziehung) zum Klientel der Suchtberatung gehören, was Frau Bühler verneint. Sie erklärt, es könnte sich um die Kinder von Klienten handeln. Herr Kogge verweist auf den Satz mit „HzE“. Die Ausschussvorsitzende, Frau Haupt, lenkt ein, dass es sich um eine unglückliche Formulierung handelt und HzE nicht mit Suchtberatung in Verbindung gebracht werden sollte. Sie schlägt vor, den Satz zu streichen.

Frau Bühler erklärt, dass die Prävention nicht abgeschmettert werden kann, weil die Suchtberatungsstellen nach § 7 Gesundheitsdienste-Gesetz Sachsen-Anhalt und nach §14 KJHG finanziert werden. Herr Kogge erläutert, dass Landes- und Finanzausgleichs-(FAG)-Mittel ungekürzt an die Suchtberatungsstellen weiter gegeben werden. Es hätte eine Umstellung der Finanzierung gegeben. Frau Winter ergänzt, dass die Beratungsstellen vorher direkt das ihnen zustehende Geld (= Landesmittel) erhalten hätten, während es nun

an die Kommune ausgezahlt wird, die es wiederum an die jeweiligen Suchtberatungsstellen weiterleitet. Es ist keine Aussage möglich, wie hoch der FAG-Anteil 2009 war.

Frau Bühler weist darauf hin, dass über Schulsozialarbeit auch Suchtprävention angeboten wird. Herr Hildebrand möchte wissen, ob der Systemwechsel Wirkung zeige, was Frau Bühler bejaht.

Frau Krausbeck erkundigt sich, ob wir Fälle aus dem Saalekreis mit finanzieren. Frau Bühler bejaht die Frage und führt ihre Statistik ins Feld: 76 Klienten gibt es aus dem Saalekreis in der STAMI (Evangelische Stadtmission), 135 Klienten bei der AWO und 107 in der drobs. Es gibt Außenstellen von AWO, STAMI und drobs im Saalekreis. Bei Alkoholproblemen werden jedoch vorzugsweise die Anlaufstellen in der Stadt genutzt, da dort die Anonymität größer ist. Herr Kogge fügt hinzu, dass der Anteil der Klienten im Saalekreis wächst, aber der Anteil der zu uns kommt, sinkt.

Frau Tomczyk-Radji erkundigt sich nach dem Drogenbericht und nach den (Förder-)Prioritäten im sozialen Bereich. Zum Drogenbericht, so Frau Bühler, sei man sich im Netzwerk gegen Drogen einig: eine Überarbeitung ist sinnvoll. Ein entsprechender Netzwerkbericht ist zum Ende des Jahres angedacht. Darüber hinaus auch eine Suchtkonferenz im folgenden Jahr.

Herr Hildebrandt weist darauf hin, dass der Saalekreis seinen Anteil nur zahlt, wenn in Halle ein beschlossener Haushalt vorliegt. Er fragt nach, ob die Zahlung erfolgt sei, was Frau Winter bejaht.

Herr Kogge antwortet auf die Frage von Frau Tomczyk-Radji nach den Prioritäten: Obdachlosigkeit, Menschen mit Behinderungen und Krankheit, Schuldnerberatung, Senioren, Suchtberatungsstellen, ... Eine Prioritätenliste liegt seit dem SGGA 24.03.2011 vor.

Frau Haupt fragt, wie Kürzungen im Suchtbereich kompensiert werden, woraufhin Frau Bühler erwidert, dass eine Antwort nicht möglich sei, da die Suchtberatungsstellen keine Vorschläge gemacht hätten.

Auf Nachfrage von Herrn Müller zu den zuvor benannten Prioritäten erläutert Herr Kogge, dass die Reihenfolge durch gesetzliche Prioritäten geregelt sei.

Frau Bühler erörtert, dass sich die Mietkosten für die Drogenberatungsstellen auf 44.000€ belaufen, jedoch ein Teil der Beratungsstätten in eigenen Objekten verortet ist. Herr Schachtschneider wirft ein, dass die Suchtberatung nicht an den Stellen verdienen, sondern für ihre Arbeit entlohnt werden soll. Frau Krausbeck ist dafür, dass die Beratungsstellen in diese Diskussion mit einbezogen werden. Auf die Frage von Herrn Trömel, welche der Beratungsstellen denn ihre Objekte mieten, antwortet Frau Bühler, dass es sich um die drobs handle (10.500€). Die Ausschussvorsitzende fasst zusammen: Es soll einen Zuschuss der Stadt geben, aber ohne Mietzahlungen für Beratungsstellen, die in eigenen Objekten verortet sind. Sie äußert die Erwartung, dass ein modifizierter (Änderungs-)Antrag für den Finanzausschuss am 31.03.2011 vorgelegt werde und erst dann könne darüber abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

4	Ja
0	Nein
5	Enthaltung

Unterabschnitt 4700 – Förderung der Wohlfahrtspflege

Herr Müller erkundigt sich nach den Zuschüssen für die Schöpfkelle (55.000€?). Herr Hildebrandt schließt eine Frage zu den Diskussionen in Hinblick auf die Perspektive der Schöpfkelle an. Ob diese erfolgt seien. Herr Kogge bejaht die Frage. Es würde kein Geld für

die Sanierung des Objektes geben, man solle stattdessen Leerkapazitäten nutzen. Es würde kein Geld ins Haus, sondern nur in die Projekte/ Angebote fließen. Wer genauere Angaben zu den einzelnen Begegnungszentren wünscht, der solle sich an Frau Simon, Frau Winter oder Herrn Schneller wenden.

Zunächst lässt die Ausschussvorsitzende zum Änderungsantrag von Frau Wolff (erster Anstrich: Streichung der vorgeschlagenen 10%-igen Reduzierung der Fördermittel für Vereine, Verbände und SHG) abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag von Frau Wolff: mehrheitlich abgelehnt

1	Ja
3	Nein
5	Enthaltung

Daran anschließend erfolgt die **Abstimmung zum Unterabschnitt 4700.**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6	Ja
0	Nein
3	Enthaltung

Unterabschnitt 4820 – Grundsicherung nach SGB II

Frau Winter berichtet zu den Änderungen aus dem Bildung-und-Teilhabe-Paket:

einnahmeseitig: 24.883.700€ und
ausgabeseitig: 81.774.900€

Frau Winter erläutert, dass Warmwasser herausgerechnet wird. Herr Kogge ergänzt, dass es sich um Hochrechnungen handle und im April im Stadtrat die Austauschblätter verteilt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6	Ja
0	Nein
3	Enthaltung

Unterabschnitt 4830 – Bildung und Teilhabe

Das Bildungspaket / Wohngeld Kinder + KIZ-Kinder (SGB II) werden vom Land erstattet. Herr Kogge weist darauf hin, dass die Bezeichnung des Unterabschnitts sich ändern wird. Das Änderungsblatt würde im Finanzausschuss verteilt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

7	Ja
0	Nein
2	Enthaltung

Unterabschnitt 4850 – Grundsicherung im Alter

Frau Winter ergänzt, dass 45.000€ haushaltsneutrale Mittel hinzu kommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9	Ja
0	Nein
0	Enthaltung

Unterabschnitt 4980 - Hallepass

Frau Winter weist auf das Austauschblatt vom Februar hin – die Auflistung im Rahmen des Bildung-und-Teilhabe-Pakets

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

4	Ja
0	Nein
5	Enthaltung

Die Ausschussvorsitzende lässt über den gesamten Verwaltungshaushalt abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum gesamten Verwaltungshaushalt: mehrheitlich zugestimmt

3	Ja
1	Nein
5	Enthaltung

Anschließend wird über den Vermögenshaushalt abgestimmt.

Seite 674 – Allgemeine Sozialverwaltung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

7	Ja
0	Nein
2	Enthaltung

Seite 676 – Haus der Wohnhilfe

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9	Ja
0	Nein
0	Enthaltung

Seite 685 – Förderung der Wohlfahrtspflege

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

8	Ja
0	Nein
1	Enthaltung

Stellenplan 2011

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6	Ja
---	----

0 Nein
3 Enthaltung

Seite 949 - Konsolidierung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6 Ja
0 Nein
3 Enthaltung

Abstimmungsergebnis: Einzelabstimmung des Beschlusspunktes

Verwaltungshaushalt: mehrheitlich zugestimmt

3 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
5 Enthaltungen

Vermögenshaushalt – Allgemeine Sozialverwaltung: mehrheitlich zugestimmt

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Vermögenshaushalt – Haus der Wohnhilfe: einstimmig zugestimmt

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Vermögenshaushalt – Förderung der Wohlfahrtspflege: mehrheitlich zugestimmt

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Stellenplan 2011: mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Konsolidierung: mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge unter Berücksichtigung der Veränderungen aus den Ausschüssen die Haushaltssatzung 2011, den Haushaltsplan 2011 und das Haushaltskonsolidierungskonzept beschließen.

**zu 3.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413
Vorlage: V/2011/09642**

Die Mitbürger ziehen ihren Antrag zurück. Sie werden im Finanzausschuss einen modifizierten Antrag einbringen.

Herr Kogge hatte zuvor auf eine Passage im Änderungsantrag hingewiesen, die einen Bogen von Drogenberatung(sstellen) zur HzE schlägt. Die Ausschussvorsitzende, Frau Haupt, bestätigte, dass es sich um eine unglückliche Formulierung handelt und HzE nicht mit Suchtberatung in Verbindung gebracht werden sollte. Sie schlug vor, den Satz zu streichen.

**zu 3.1.2 Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413
Vorlage: V/2011/09643**

zum ersten Punkt des Änderungsantrags (**UA 4700, Haushaltsstelle 718200**) - Streichung der vorgeschlagenen 10%-igen Reduzierung der Fördermittel für Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen (SHG)

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

1	Ja
3	Nein
5	Enthaltung

zum zweiten Punkt des Änderungsantrags (**UA 0260, Haushaltsstelle 718000**) - Streichung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Reduzierung von Zuschüssen (an übrige Bereiche) um 10%

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

6	Ja
3	Nein
0	Enthaltung

Geänderter Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen, dass im Verwaltungshaushalt 2011 im

- UA 0260 Büro für Gleichstellungsfragen, Haushaltsstelle 718000 – Zuschüsse an übrige Bereiche

die vorgesehene 10% Reduzierung gestrichen wird.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

_keine

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

_keine

zu 6 Mitteilungen

_keine

zu 7 Beantwortung von mündlichen Anfragen

_keine

zu 8 Anregungen

_Keine

Herr Kogge bedankt sich bei allen Anwesenden für die Teilnahme.

Für die Richtigkeit:

Datum: 03.05.11

Annett Fritzsche
i.V. der Protokollführerin

Hanna Haupt
Stellv. Ausschussvorsitzende